

GASTKOMMENTAR

Das fixe Rentenalter soll aufgehoben statt verschoben werden

Ein Rentenalter für alle zu fixieren, kommt einer Blockade sinnvoller gesellschaftlicher Entwicklungen gleich. Das fixe Rentenalter sollte aus dem kollektiven Bewusstsein verschwinden, um die Lösung zentraler Probleme beim Neuerfinden des Älterwerdens und des Erwerbslebens zu fördern.

Elisabeth Michel-Alder und Thomas Gächter
21.8.2019, 05:30 Uhr

Nüchtern betrachtet definiert das Rentenalter den Zeitpunkt, an dem das Vorsorgesystem genügend Leistungsansprüche bereithalten soll, um Personen ohne Erwerbsarbeit oder andere Arrangements den Lebensunterhalt zu sichern. Seit nunmehr siebzig Jahren bildet das Alter 65 den zentralen Referenzpunkt des schweizerischen Systems, auch wenn dieser – jedenfalls für Frauen – mehrfach nach unten und dann wieder nach oben verschoben worden ist.

In diesen siebzig Jahren ist aus dem versicherungstechnischen Referenzpunkt längst eine gesellschaftliche Schwelle – oder Guillotine – geworden, ein Anker im kollektiven Bewusstsein und ein Wendepunkt jeder Biografie. Parallel dazu haben sich die Lebensumstände und die individuellen Lebensentwürfe aber massiv verändert und individualisiert. Die Arbeitswelt ist eine völlig andere als in der Nachkriegszeit, die körperliche und mentale Fitness der Generation über 50 ist deutlich besser, und die Lebenserwartung ab 65 ist allein seit 1991 um 17 Prozent gestiegen.

Eingrenzung des aktiven Lebens

Das Rentenalter hat vielfältige Konsequenzen, die weit über das Vorsorgesystem hinausgehen. Das «aktive» Leben wird durch dieses – ausser für Selbständigerwerbende – faktisch eingegrenzt. Erwerbstätige und ihre Arbeitgeber planen für Jobs nicht über dieses Alter hinaus. Bereits 55-Jährige sind als Ab- und Aussteigende etikettiert. Dass bereits heute rund ein Drittel über das Rentenalter hinaus (oft teilweise) aus freien Stücken erwerbstätig bleibt und es häufig weder gesundheitliche noch gesellschaftliche Gründe dafür gibt, die beruflichen Aktivitäten Mitte 60 einzustellen, wird meist übersehen und vergessen. Die eingebürgerte Vorstellung von Ruhestand hemmt zukunftssträchtige Entwicklungen und stempelt ältere Erwerbstätige im Vergleich zur Elterngeneration vorzeitig zu «altem Eisen».

Die laufende Diskussion bewegt sich auf einer anderen Ebene: Einerseits sprechen Probleme bei der Finanzierung der immer längeren Rentenphase für eine Erhöhung des Rentenalters, andererseits wird der Ruhestand als sozialpolitische Errungenschaft hochgehalten. Versuchen wir doch, der Vielfalt von Lebensentwürfen Rechnung zu tragen und die Probleme zu entkoppeln. Der versicherungstechnische Bemessungszeitpunkt fürs Erreichen des Vorsorgeziels sagt etwas über mögliche Rentenansprüche aus, muss aber keinerlei Handlungsfolgen nach sich ziehen. Von der Abschaffung oder zumindest einer Relativierung der fixen Ruhestandsgrenze, wie sie heute im AHV-Recht festgelegt ist, versprechen wir uns produktives Umdenken und Umhandeln.

Wie wäre das anzugehen? Die vollen Rentenansprüche würden von einer bestimmten Anzahl Beitragsjahren abhängig, deren Zahl politisch auszuhandeln wäre. Abgerufen würde die Rente entweder vor dem Erreichen der Beitragsjahre (mit entsprechenden Abschlägen) oder (mit entsprechenden Zuschlägen) nach ihrem Erreichen. Wer also beispielsweise im Rahmen einer Lehre bereits früh beitragspflichtig wurde, würde den Bemessungszeitpunkt in einem andern biografischen Zeitpunkt erreichen als jemand, der eine längere Ausbildung absolviert hat. Selbstverständlich sind faire Lösungen für Personen mit Erwerbsbeeinträchtigung mitgedacht.

Geschenkte Jahre

Gegenwärtig steuert das Verrentungsalter verschiedene Regelungssysteme mit. So hängt etwa das Ende zahlreicher öffentlichrechtlicher und privater Anstellungen an der Ruhestandsgrenze; ebenso Sozialsysteme wie ALV und IV. Arbeitgeber disponieren in ihren Arrangements mit den Mitarbeitenden selten über die Altersgrenze hinaus.

Die Abschaffung eines fixen Rentenalters brächte hier im positiven Sinn gesellschaftliche Bewegung. Arbeitgebende müssten die Potenziale ihrer Mitarbeitenden anders wahrnehmen, Laufbahnen individualisiert auf längere Perspektiven ausrichten und in Weiterbildung investieren, um Fachkräfte länger und anders bei der Stange zu halten. Individuen kämen nicht ums Nachdenken über ihre Lebensentwürfe und Überlegungen herum, wie sie die geschenkten Jahre erfüllen möchten.

Die gegenwärtige Diskussion rund um die Altersvorsorge droht sich wieder am Rentenalter zu verkeilen. Die eigentlichen gesellschaftlichen Herausforderungen sind aber die stark verlängerte Lebenszeit, deren sinnstiftende Nutzung, erfüllende Erwerbsarbeit und eine finanzielle Absicherung der Menschen, die für ihren Lebensunterhalt nicht mehr selber sorgen können.

Elisabeth Michel-Alder ist Gründerin des Netzwerks Silberfuchs und Unternehmensberaterin in Zürich; Thomas Gächter ist Professor für Staats-, Verwaltungs- und Sozialversicherungsrecht an der Universität Zürich.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.